UvA-DARE (Digital Academic Repository)

Wir sind die Universität! Die Proteste auf Europas Campussen im gesellschaftlichen Kontext transnationaler Globalisierungskritik: Fallstudie der Amsterdamer Universitätsproteste von 2015-2016

Scholl, C.; Freyberg-Inan, A.

DOI

[10.5771/9783845288413-116](https://doi.org/10.5771/9783845288413-116)

Publication date

2017

Document Version

Final published version

Published in

Protest in Bewegung?

License

Article 25fa Dutch Copyright Act

[Link to publication](#)

Citation for published version (APA):

Scholl, C., & Freyberg-Inan, A. (2017). Wir sind die Universität! Die Proteste auf Europas Campussen im gesellschaftlichen Kontext transnationaler Globalisierungskritik: Fallstudie der Amsterdamer Universitätsproteste von 2015-2016. In P. Daphi, N. Deitelhoff, D. Rucht, & S. Teune (Eds.), *Protest in Bewegung?: zum wandel von Bedingungen, Formen und Effekten politischen Protests* (pp. 117-144). (Leviathan. Sonderband; Vol. 33). Nomos. <https://doi.org/10.5771/9783845288413-116>

General rights

It is not permitted to download or to forward/distribute the text or part of it without the consent of the author(s) and/or copyright holder(s), other than for strictly personal, individual use, unless the work is under an open content license (like Creative Commons).

Disclaimer/Complaints regulations

If you believe that digital publication of certain material infringes any of your rights or (privacy) interests, please let the Library know, stating your reasons. In case of a legitimate complaint, the Library will make the material inaccessible and/or remove it from the website. Please Ask the Library: <https://uba.uva.nl/en/contact>, or a letter to: Library of the University of Amsterdam, Secretariat, Singel 425, 1012 WP Amsterdam, The Netherlands. You will be contacted as soon as possible.

Wir sind die Universität! Die Proteste auf Europas Campussen im gesellschaftlichen Kontext transnationaler Globalisierungskritik: Fallstudie der Amsterdamer Universitätsproteste von 2015-2016

1. Einleitung

Seit etwa fünf Jahren machen universitäre Protestbewegungen in Europa und darüber hinaus verstärkt von sich reden. Während in den Niederlanden eine in Form und Ausmaß an die späten 1960er Jahre erinnernde breite universitäre Protestbewegung¹ im Jahr 2015 die nationale Politik erreichte, kommen auch in anderen Ländern wie Großbritannien (zum Beispiel London School of Economics, University of the Arts London, University of Sussex), Dänemark (Universität Kopenhagen), Serbien (Belgrad), Bosnien und Herzegowina (Sarajevo) sowie in Kanada, den USA, Brasilien, Südafrika, Neuseeland und vielen anderen Ländern der Welt Campusse nicht zur Ruhe.² Während die universitären Proteste gegen den Bologna-Prozess in Europa im vergangenen Jahrzehnt vor allem im nationalen Rahmen stattfanden und von länderspezifischen Eigenheiten geprägt waren, findet momentan auch eine zunehmende paneuropäische und sogar globale Vernetzung zwischen den verschiedenen Protestbewegungen statt und zirkulieren in den sozialen Netzwerken programmatische Dokumente, die diesen Vernetzungsprozess unterstützen. In den deutschen Medien und auch im deutschen wissenschaftlichen Diskurs wurden diese wichtigen Entwicklungen jedoch bisher kaum wahrgenommen. Unser Beitrag will das ändern.

Wissenschaftliche Studien zu sozialen Bewegungen in Europa beschäftigen sich häufig mit der Globalisierung³ und ihren Auswirkungen auf soziale und politische Mobilisierungsprozesse im Allgemeinen und die globalisierungskritische Bewegung im Besonderen.⁴ Studentische Bewegungen und Proteste, einst zentraler Ausgangspunkt eines Bewegungszyklus, der auch »neue soziale Bewegungen« genannt wird,⁵ haben kaum mehr Beachtung gefunden. Durch diese Fokusverschiebung

1 Die von den Protesten ergriffenen Institutionen umfassten die Universität von Amsterdam, Freie Universität Amsterdam, Nijmegen, Delft, Groningen, Leiden, Rotterdam, Tilburg, Utrecht – nahezu alle Universitäten der Niederlande.

2 Das Ausmaß der Bewegung ist in Europa und weltweit sehr unterschiedlich. Den Gründen dafür können wir hier nicht nachgehen, obwohl sie ein interessantes Forschungsthema wären. Stattdessen konzentrieren wir uns hier auf ein Fallbeispiel, das das Potential universitären Protestes aufzeigt, als Teil der breiteren Globalisierungskritik mit seinen spezifischen Forderungen Gehör zu finden.

3 Flesher Fominaya 2014; Rucht 2003.

4 Freyberg-Inan, Scholl 2014; Scholl 2012; Della Porta 2007.

5 Scholl 2014.

hat die Bewegungsforschung eine Entwicklung an den Universitäten im letzten Jahrzehnt weitgehend ignoriert: die wachsende Unzufriedenheit oft jahrelang prekär beschäftigter ArbeitnehmerInnen,⁶ die sich in zunehmendem Maße zusammen mit Studierenden organisieren, um die Neoliberalisierung der Universität und der Bildung im Allgemeinen an den Pranger zu stellen. Wie Melucci schon feststellte,⁷ finden wichtige Bewegungsformationsprozesse auch statt, während Bewegungen scheinbar schlummern, aber eben doch in sogenannten »latenten Strukturen« überwintern. Dies wird jedoch leicht übersehen, wenn Forscher sich vor allem auf die sichtbaren Momente von Aktivismus konzentrieren.⁸ Wie unser Beitrag aufzeigt, war sozialkritischer Protest nie völlig von europäischen Universitäten verschwunden; er findet in letzter Zeit verstärkt Anschluss an die breitere globalisierungskritische Bewegung. Dies betont umso mehr die Notwendigkeit, den in den letzten Jahren wieder aufgeflammtten Protesten – wie etwa den wochenlangen Besetzungen an der Universität von Amsterdam – empirische Aufmerksamkeit zu schenken. Wie auch die Bewegung prekärer ArbeitnehmerInnen und die Klimagerechtigkeitsbewegung,⁹ so sind auch die neuesten Universitätsproteste verknüpft mit der breiteren Welle von Globalisierungskritik der Gegenwart. In diesem Artikel zeigen wir, warum und wie die universitären Proteste im gesellschaftlichen Kontext transnationaler Globalisierungskritik verstanden werden können.

Wir verfolgen mit unserer Analyse drei Ziele: Erstens arbeiten wir heraus, welche Entwicklungen über spezifische kontextuelle Faktoren hinaus Anstoß zu den Protesten geben. Was läuft, aus Sicht der Bewegungsakteure, schief an ihren Universitäten? Zweitens ordnen wir die universitären Protestbewegungen in die breitere Landschaft politischer Protestbewegungen der Gegenwart ein. Sind sie als Unterteil einer breiteren anti-neoliberalen Globalisierungsbewegung zu begreifen? Welche Rolle spielt dabei Widerstand gegen die Denkweise des New Public Management, eines Elements neoliberalen Denkens, welches das Arbeitsfeld der Universitäten besonders deutlich prägt?¹⁰ Drittens behandeln wir – im Ansatz – das Ausmaß und die Eigenschaften der transnationalen Vernetzung der universitären Protestbewegungen und damit auch das Potential für die Entstehungen einer pan-europäischen oder gar globalen Bewegung für universitäre Reform. Auch wenn es noch zu früh ist, um abschließend zu beurteilen, ob sich auf diesem Gebiet ein gesellschaftlicher Europäisierungsprozess oder die Entwicklung einer transnationalen öffentlichen Sphäre abzeichnen, kann unsere Forschung klare Bestrebungen in diese Richtung aufzeigen. Wir stellen daher die noch näher zu untersuchende The-

6 Doerr, Mattoni 2007.

7 Melucci 1989.

8 Siehe z.B. Hensby 2017.

9 Scholl 2013.

10 New Public Management oder öffentliche Reformverwaltung nennt man einen Trend in der Verwaltungs- und Staatsreform, der privatwirtschaftliche Managementtechniken in der öffentlichen Verwaltung einführt.

se auf, dass die universitäre Protestwelle die weitere Transnationalisierung breit angelegten globalisierungskritischen Protestes unterstützen kann.

Um unsere Forschungsziele zu erreichen, vergleichen wir die größten universitären Protestbewegungen in Europa seit Abschluss des Bologna-Prozesses und untersuchen die transnationalen Verbindungen zwischen ihnen. Universitäre Protestbewegungen sind dabei definiert als öffentlich auftretende soziale Bewegungen, die sowohl StudentInnen als auch universitäre MitarbeiterInnen (inklusive ProfessorInnen) umfassen¹¹ und die sich explizit mithilfe eines Repertoires von Mitteln des sozialen Protestes (Demonstrationen, Besetzungen, Blockaden, Kampagnen in sozialen Medien, etc.) für konkrete Veränderungen in der universitären Politik oder dem universitären Management einsetzen. Unser Fokus auf *universitären* Protesten, im Gegensatz zu Studentenprotesten, bei denen keine Mitarbeiter beteiligt sein müssen, ist wichtig, da die in der Literatur übliche Verengung auf Studentenproteste¹² leicht den gesellschafts- oder systemkritischen Charakter der Campus-Protestbewegungen übersehen lässt. Um universitäre Proteste zu analysieren, greifen wir auf teilnehmende Beobachtung, qualitative Interviews mit den Bewegungsakteuren und ihren Kritikern sowie Medien- und Dokumentenanalyse zurück. Wir folgen den entsprechenden Ereignissen und der bewegungsinternen wie auch der externen Kommunikation bereits seit den frühen 2000er Jahren. Das erlaubt uns, die Fallstudie, die im Fokus dieses Artikels steht, sowohl in ihren eigenen wie auch einen breiteren historischen Kontext universitären Protestes einzubetten, wie auch vergleichende Rückschlüsse und allgemeinere Schlussfolgerungen zu ziehen. Allerdings konzentriert sich die empirische Analyse im vorliegenden Beitrag auf die vor allem von der Universität von Amsterdam (UvA) ausgehende Protestwelle, die die Niederlande im Jahr 2015 erfasste. Diese Welle behandeln wir als paradigmatischen Fall für die neuen universitären Proteste.¹³ Sie ist paradigmatisch sowohl im Sinne von illustrativ als auch im Sinne von exemplarisch für alle drei Elemente unserer Analyse: Klarheit der Kritik und der erhobenen Forderungen, Einbettung in breitere Gesellschaftskritik und Vernetzung.

11 Der Begriff »universitäre MitarbeiterInnen« bezieht sich in diesem Beitrag ausdrücklich nicht nur auf sogenannte wissenschaftliche MitarbeiterInnen, sondern auf alle Menschen, die an Universitäten gegen Bezahlung arbeiten.

12 Z.B. Hensby 2017.

13 Gerring 2006.

Wir zeigen erstens auf, dass sich die Proteste explizit gegen zunehmenden Managerialismus¹⁴ und Finanzialisierung¹⁵ richten und somit gegen das Vordringen des New Public Management an den Universitäten als Kernelement der Neoliberalisierung. Sie greifen damit die diskursiven Rahmen der globalisierungskritischen Bewegung auf,¹⁶ die sich dem Eindringen der neoliberalen Marktlogik in alle gesellschaftlichen Zusammenhänge widersetzen. Dagegen gehalten werden die Ideale universitärer Mitbestimmung (Transparenz, Demokratie) und der Schutz des universitären Raums vor reinem Marktdenken (die Universität als Gemeingut) – Ideale, die auch im sich herauskristallisierenden Wertekonsens der globalisierungskritischen Bewegung zentral verankert sind.¹⁷

Zweitens zeigen wir, dass sich die universitären AktivistInnen mit ihrer expliziten Ablehnung des New Public Management (Managerialismus, Finanzialisierung), ihrer ausdrücklichen Eigenverortung als anti-neoliberal und Solidaritätsbekundungen mit Bewegungen in anderen Sektoren, die sich ebenfalls so definieren, als Teil der breiteren globalisierungskritischen Bewegung lokalisieren. Auch die Aktions- und Organisationsformen universitären Protestes sind von der globalisierungskritischen Bewegung und ihren basisdemokratischen Praktiken¹⁸ und massenhaftem zivilen Ungehorsam¹⁹ inspiriert.²⁰

Drittens arbeiten wir schließlich mit Blick auf die Transnationalisierung von Protest heraus, dass die Vernetzung zwischen den Protesten an verschiedenen Orten zunimmt, gestützt durch die zunehmende Mobilität von sowohl StudentInnen wie auch universitären MitarbeiterInnen und durch die Zirkulation programmatischer Dokumente und Austausch in sozialen Netzwerken. Doch beschränkt sich die Zusammenarbeit bisher hauptsächlich auf gegenseitige deklarative Unterstützung und Informationsaustausch. Es ist möglich, dass die zum Teil erhebliche nationale Resonanz, die die Proteste erfahren, auf transnationaler Ebene mehr öffentliches Bewusstsein für die angezeigten Missstände schaffen und somit Mobilisierung unterstützen kann. Die Universität könnte so, wie unten weiter ausge-

14 Managerialismus beinhaltet die Priorisierung von Effizienz und den Gebrauch von Managementtechniken und -systemen aus dem privaten Sektor, wodurch Kritiker u.a. Einbußen bei Service und/oder Qualität befürchten. Er stellt Universitäten zunehmend unter die Kontrolle von Buchhaltern, Maklern, Werbern, PR- und Bildungsexperten und den ihnen geläufigen Techniken des Audit, der Output-Quantifizierung und der Leistungsmessung.

15 Finanzialisierung ist »intrusion by financial metrics, values and professionals« und damit einhergehende »marketization and managerialization« (Engelen, Fernandez, Hendrikse 2014, S. 1072) des höheren Bildungssektors.

16 Scholl 2013.

17 Freyberg-Inan 2006.

18 Maeckelbergh 2009.

19 Scholl 2012.

20 Selbstverständlich finden sich sowohl programmatische als auch organisatorische Ähnlichkeiten und Anschlüsse zur breiteren globalisierungskritischen Bewegung auch in anderen aktuellen (anti-neoliberalen) Bewegungen. Jene sind hier jedoch nicht Thema.

führt, nicht zum ersten Mal in der Geschichte als »Brutkasten« für breitere Gesellschaftskritik dienen und die globalisierungskritische Bewegung so verstärken.

Dabei beobachten wir, dass der Begriff »Universität« in der Debatte über universitäre Proteste in den letzten Jahren relativ unreflektiert und mehrdeutig gebraucht wird. Für das Verständnis sozialer Mobilisierungsprozesse und gesellschaftskritischer Diskurse ist es wichtig, eine klärende Differenzierung zwischen drei Bedeutungen der Universität anzubringen: der kulturelle Komplex »Universität« wird in der aktuellen Analyse oft als sozialer Ort (Proteste *an* der Uni) dargestellt, aber auch als Vergemeinschaftungskonstrukt (Proteste *von* Teilen der Uni) und als Mobilisierungsthema (Proteste *über* die Uni). Interessanterweise scheint es, als ob die sozialisierende Rolle der Universität durch Protest an, von *und* über die Universität sichtbar wird. Umso wichtiger finden wir es, von universitären und nicht nur von studentischen Protesten zu sprechen. Im Folgenden beschreiben wir zunächst den historischen Kontext der neuen universitären Protestbewegungen in Europa, gehen dann im Detail auf unsere Fallstudie ein und ziehen im Fazit unsere Rückschlüsse für die oben gestellten allgemeineren Forschungsfragen.

2. Universitäre Proteste im europäischen Kontext

Die gegenwärtigen universitären Proteste in Europa sind im Kontext einer längerfristigen historischen Entwicklung zu verstehen, die ihren Ursprung in den späten 1960er Jahren nahm.

2.1 Die 1960er Jahre

Obgleich vielleicht die ikonischen Sitzblockaden auf dem Berkeley-Campus in den USA das bekannteste Beispiel für die Verbindung zwischen studentischem Aktivismus und der breiteren Protestbewegung der späten 1960er Jahre bilden, war diese Verbindung in Deutschland und Europa durchaus von vergleichbarer Intensität. Das war unter anderem der Tatsache zu verdanken, dass Studierende aus Europa (oft über Fullbright-Stipendien) in regem Austausch mit Studierenden aus den USA standen. Dieser Austausch führte auch dazu, dass bestimmte Elemente des Protest-Repertoires, wie die Sitzblockade, die eigentlich aus der Bürgerrechtsbewegung stammt, über die US-amerikanische Studentenbewegung nach Europa und Deutschland importiert wurden.²¹ In jenen Tagen ging studentischer Aktivismus Hand in Hand mit einer breiteren Welle anti-systemischer Aktivität sozialer Bewegungen, die sich gegen den als autoritär, gar als unzureichend vom Faschismus emanzipiert empfundenen Charakter westlicher Gesellschaften richtete. Diese Gesellschaftskritik wandte sich auch gegen Bildungsinstitutionen, den instrumentellen Gebrauch von Bildung, Forschung und Wissen im Sinne der kapitalistischen und konsumorientierten Wirtschaft und die allgemeine Bürokratisierung von Institutionen des öffentlichen Lebens, inklusive der Universitäten.²²

21 Klimke 2010; McAdam, Rucht 1993.

22 Arrighi, Hopkins, Wallerstein 1989.

Vor allem die französische Studentenbewegung von 1968 erreichte mit ihren Protesten gegen die erstarrten Hochschulstrukturen des Landes Weltbekanntheit. Die Unruhen an den Universitäten griffen damals auch auf ArbeitnehmerInnen über und führten so zu allgemeinem gesellschaftlichem Protest und einer Destabilisierung der politischen Lage.²³ Selbstverständlich waren Umfang und Ausmaß der Proteste an verschiedenen Orten unterschiedlich und spiegelten ihren spezifischen nationalen politischen Kontext wider. Trotzdem waren die meisten Studentenbewegungen dieser Zeit radikal, gesellschaftskritisch und auch transnational in ihrer Ausrichtung, weswegen Katsiaficas auch von einem »Eros-Effekt« spricht, der die Neue Linke mitsamt den Studierenden umfasste.²⁴

Auch zwischen den 1960er Jahren und dem Entstehen der globalisierungskritischen Bewegung in den späten 1990ern gab es Studentenproteste. Vor allem in den bis in die 1970er Jahre autokratisch regierten Ländern Spanien und Griechenland kam es zu größeren Protestwellen. In Griechenland war die Studentenbewegung mit der Besetzung der Polytechnischen Universität in Athen maßgeblich am Fall der Diktatur beteiligt. Auch in anderen Ländern gingen Studenten weiterhin sporadisch, aber durchaus kraftvoll auf die Straße, wie zum Beispiel in den Protesten gegen die Berufsverbote in den 1970er Jahren in Deutschland oder gegen das neue Studienfinanzierungsmodell in den 1980er Jahren in den Niederlanden. Diese Proteste hatten jedoch generell einen nationalen Rahmen ohne transnationale Perspektive und waren auch meist kein Unterteil größerer systemkritischer Bewegungen. Dies änderte sich wieder mit dem Aufkommen von Gipfelprotesten im Kontext der globalisierungskritischen Bewegung.

2.2 Die globalisierungskritische Bewegung als neuer Kontext für universitäre Proteste

Durch das Aufkommen der globalisierungskritischen Bewegung erhielten anti-systemische Aktivitäten an Europas Institutionen der höheren Bildung neuen Schwung. Seit Ende der 1990er Jahre sorgt die globalisierungskritische Bewegung immer wieder für Aufsehen mit spektakulären Massenprotesten, die oft anlässlich der Gipfeltreffen von internationalen Organisationen wie der Welthandelsorganisation oder der G8 (heute wieder G7) oder G20 stattfinden.²⁵ Wie bereits in den 1960er Jahren konnte universitärer Aktivismus dabei wieder in breitere Gesellschaftskritik eingebettet werden, die sich nun gegen den Neoliberalismus und sein profitmaximierendes Mantra der Privatisierung, Liberalisierung und Re-Regulierung im Sinne des New Public Management richtet. Zum einen sind StudentInnen und MitarbeiterInnen der Universitäten oft aktiv an globalisierungskritischen Protesten beteiligt und Universitäten wurden wichtige Räume für die Ausarbeitung und Verbreitung von Globalisierungskritik (Proteste *an* und *von* Teilen der Universität). Zum anderen finden Studierende und universitäre MitarbeiterInnen mit

23 Tarrow 1998.

24 Katsiaficas 1987.

25 Scholl 2012.

ihren Anliegen oft Anschluss bei globalisierungskritischen Protesten (Proteste *über* die Universität als Teil der Gesellschaft).²⁶

Die globalisierungskritische Bewegung kann als eine themenübergreifende »Bewegung der Bewegungen«²⁷ gesehen werden, die verschiedene Anliegen, Protesttraditionen und Widerstände unter dem gemeinsamen Nenner »Unsere Welt steht nicht zum Verkauf an« zusammenbringt. Kritik am zunehmend um sich greifenden Neoliberalismus, als eine pur auf Profit für das Kapital ausgerichtete und deswegen entpolitisierende Logik, steht im Mittelpunkt dieser vielfältigen Bewegung. Auch Studierende und universitäres Personal haben mit ihren Anliegen hier oft Anschluss gefunden. Ein gutes Beispiel ist die Bildungsstreik-Bewegung, die in Deutschland gegen die Einführung von Studiengebühren protestierte und sich 2007 in Heiligendamm den Protesten gegen die G8 anschloss.

Die Verbindung von Protesten von Studierenden während (und mit) der globalisierungskritischen Bewegung war und ist von drei zentralen Merkmalen gekennzeichnet. Erstens sorgte die globalisierungskritische Bewegung für einen fokussierenden und vereinfachenden Deutungsrahmen für gesamtgesellschaftliche Tendenzen: die »Neoliberalisierung der Universität« wurde immer mehr zum eingängigen Schlagwort, um verschiedene Entwicklungen, wie zum Beispiel die Einführung von Studiengebühren aber auch Einsparungen bei Lehrkräften und -mitteln und immer größere Abhängigkeit von Drittmitteln für Forschungsprojekte an den Pranger zu stellen. Dies ist wichtig, denn, wie Oskar Verkaaik bemerkt, blieben universitäre Proteste weitgehend aus, solange Studierende und DozentInnen »lacked the language to consider [their] concerns as part of a larger trend that tries to keep higher education affordable by making it top-heavy with bureaucracy and management«.²⁸ Die Entstehung eines breiteren gesellschaftskritischen Deutungsrahmens für die wahrgenommenen Missstände an der Universität dagegen half den sich mobilisierenden Studierenden und DozentInnen – auch den Vielen ohne aktivistischen Hintergrund – »to speak the new language of protest in no time«.²⁹ Zweitens bot die globalisierungskritische Bewegung konkrete Massenproteste, denen sich die Studierenden anschließen konnten und in deren Mobilisierungsphasen universitäre Akteure und Räume auch oft eine wichtige Rolle spielten. Sich ausschließlich auf die Universität fokussierende Aktionen wurden seltener. Drittens sorgte die globalisierungskritische Bewegung für ein Wiederentdecken militanter Protestformen und zivilen Ungehorsams und förderte eine internationale Ausrichtung der Proteste durch ein wachsendes Selbstverständnis von Europa (und darüber hinaus) als gemeinsamem Kommunikations- und Handlungsraum.³⁰

26 Siehe auch: Zamponi, Fernández González 2017; O'Halloran 2016.

27 Mertens 2004.

28 Verkaaik 2015, S. 146.

29 Ebd.

30 Doerr, Mattoni 2007.

2.3 Proteste gegen den Bologna-Prozess

Einige der universitären GlobalisierungskritikerInnen standen dann auch an der Spitze des Widerstandes gegen den sogenannten Bologna-Prozess. Begonnen 1999 bezeichnet der Bologna-Prozess eine Serie von ministeriellen Treffen europäischer Länder mit dem Ziel, die Qualitätsstandards von Hochschulabschlüssen zu harmonisieren. Resultat waren die Bologna-Abkommen, mit denen ein europäisches Hochschulgebiet geschaffen wurde, zu dem heute 50 Länder gehören. Offizielles Ziel war die »Harmonisierung« des Marktes für höhere Bildung in Europa zum Zwecke der Erhöhung der Mobilität von StudentInnen und hochqualifizierten Arbeitskräften. KritikerInnen warnten vor allem vor einer Aushöhlung der Qualität der Lehre durch die überproportionale Betonung von Effizienzkriterien und dem Verlust demokratischer Kontrolle über nationale Hochschulpolitik. Lorenz zeigt auf, dass

«the basic idea behind all educational EU-plans is economic: the basic idea is the enlargement of scale of the European systems of higher education, [...] in order to enhance its 'competitiveness' by cutting down costs. Therefore a Europe-wide standardization of the 'values' produced in each of the national higher educational systems is called for»³¹.

In vielen europäischen Ländern fanden Proteste gegen den Bologna-Prozess und seine Auswirkungen auf (unter anderem die Zugänglichkeit von) Hochschulbildung statt. Eine große Herausforderung für die geteilte Wahrnehmung der Probleme und transnationale Koordination solcher Proteste war jedoch die unterschiedliche Geschwindigkeit, mit der die jeweiligen Reformen in den verschiedenen teilnehmenden Ländern durchgeführt wurden. Darüber hinaus unterschied sich auch die Art der Reformen. Manche Bildungssysteme mussten stärker verändert werden als andere, und die Verträge ließen durchaus einigen Spielraum für konkrete Ausgestaltung. Proteste blieben deswegen zunächst stark auf den jeweiligen nationalen Kontext fokussiert und beschränkt. Auch wurden die Reformen oft schrittweise durchgeführt, was das Ausmaß der Anpassungen verschleierte und die Demobilisierung von Studentenprotesten beförderte, die sich in Anbetracht des jährlichen Abzugs vieler ihrer TeilnehmerInnen ohnehin schon mühsam über mehr als ein Studienjahr hinweg tragen lassen.

Vor allem in Ländern, die noch keine Studiengebühren kannten, wie etwa Deutschland und Österreich, kam es in der zweiten Hälfte der 2000er Jahre zu größeren Protesten, als deutlich wurde, dass die Einführung des zweigleisigen Bachelor/Master-Systems auch die Einführung von Gebühren nach sich ziehen würde. In den Niederlanden dagegen wurden die vom Bologna-Prozess geforderten Reformen sehr früh und schnell durchgeführt und sahen sich zunächst keinen größeren Protesten gegenüber. In den Jahren 2009 und 2010 kam es dann aber zu zeitgleichem Aufbegehren in mehreren Ländern Europas: Anlässlich breit getragener Proteste von Studierenden und (prekären) HochschulmitarbeiterInnen (ForscherInnen und DozentInnen mit befristeten und auch sonst relativ schlechten Arbeitsverhältnissen) in England und Italien sowie einer Protestwelle gegen die angekündigte Sparpolitik im Hochschulsektor in den Niederlanden rückte eine euro-

31 Lorenz 2008.

päische Koordination näher. Ausdruck fand sie in mehreren europäischen Treffen, zum Beispiel den »Bologna Burns« Treffen in Wien, London, Paris und Bologna in 2010 und dem »European Meeting of University Movements« in Paris 2011. Das letztgenannte Treffen wurde vom Edu-Factory Netzwerk organisiert, das starke Wurzeln in der globalisierungskritischen Bewegung hat. Es stellte explizit eine Verbindung zwischen den Kämpfen an europäischen Hochschulen und anderen sozialen Bewegungen her, zum Beispiel gegen die herrschende Krisenpolitik in Europa:

«From London to Vienna, from Rome to Paris, from Athens to Madrid, a new Europe is emerging. Students and precarious workers, citizens and immigrants, the multitudes are fighting for their lives and future in the front lines against the crisis. Struggling to reapropriate their rights and the shared wealth that they create everyday. Rebelling against the austerity measures that exploit our present and rob us of our future. Raging against the arrogance of power.»³²

Noch im Herbst desselben Jahres trat die Occupy-Bewegung auf die Bildfläche, die Kritik an der neoliberalen Krisenpolitik in der EU und ihren Mitgliedsstaaten mit der breiteren globalisierungskritischen Bewegung verband. Sie baute den Rahmen für eine Verbindung universitärer Proteste mit anti-neoliberaler Gesellschaftskritik weiter aus. In diesem Kontext begannen sich ab ca. 2012 universitäre Proteste in Europa (und andernorts in der Welt) zu häufen.³³ Während einige Autorinnen in den jüngeren Anti-Austeritätsprotesten, vor allem aufgrund einer augenscheinlichen Verlagerung zu eher nationalen Adressaten, deutliche Unterschiede zur globalisierungskritischen Bewegung sehen,³⁴ schließen diese Proteste sowohl inhaltlich als auch bezüglich ihrer Organisationsweisen und Aktionsformen doch deutlich an die globalisierungskritische Bewegung an. Es findet sich kein Bruch zwischen den globalisierungskritischen Protesten bis in die späten 2000er Jahre, den Anti-Austeritätsprotesten im Krisenkontext und der gegenwärtigen universitären Protestwelle. Die neue Welle von Universitätsprotesten zeichnet sich dadurch aus, dass sie (a) mehr als vorherige Wellen Studierende zusammen mit wissenschaftlichem Personal auftreten lässt, (b) die neoliberale Gesellschaftsordnung im Allgemeinen, also die Einbindung der Universitäten in eine ohnehin schon stark kritisierte globale Wirtschaftsordnung, ablehnt, (c) in dieser Ablehnung eine starke transnationale Orientierung zeigt und (d) angesichts des Abflauens globalisierungskritischer Massenproteste wieder mehr auf Proteste an den Universitäten selbst setzt. Ein Paradebeispiel für die Art und Weise, wie universitäre Protestbewegungen an der gegenwärtigen breiteren Gesellschaftskritik von links anschließen, bietet die niederländische universitäre Protestwelle ab 2015, die wir uns im Folgenden genauer anschauen.

32 Edu-Factory Post, 17. Januar 2011, auf <http://occupyeverything.org/2011/european-meeting-of-university-movements-paris-11-13-february-2011/> (Zugriff vom 18.10.2016).

33 Palacios-Valladares 2016; Risager, Thorup 2016; Somma 2012.

34 Flesher Fominaya 2017; Gerbaudo 2017; Zamponi, Daphi 2014.

3. »Kompetente Rebellen«: Die universitäre Protestwelle in den Niederlanden

3.1 Die Kritik

Schon seit langem garte an vielen niederländischen Universitäten Unfriede über als autoritär empfundene Verwaltungsstrukturen und -praktiken sowie zunehmende Finanzialisierung. Konkret äußerte sich das zunehmende Denken in Kategorien der Markteffizienz etwa in einer Bedrohung, der mit sinkenden Studierendenzahlen konfrontierten Geisteswissenschaften und vor allem der »kleinen Sprachen«, welche dann auch, wie wir sehen werden, den Protest ab Ende 2014 anführten. Er ist für sie ein Überlebenskampf. Auch Grundlagenforschung und kritische Forschung in allen Fächern sehen sich unter Druck, da Forschungsgelder generell eher fließen, wo sich externe Geldgeber (schneller und direkter) anwendbare Resultate versprechen. Entscheidungen der Universitäts- und Fakultätsvorstände über die Errichtung von besonders geförderten Forschungsschwerpunkten verstärken diese Entwicklungen oft noch.

In der Lehre breitete sich schnell das sogenannte Ertragsdenken aus:³⁵ Da der Universitätsbetrieb größtenteils über Studienleistungen der Studierenden (European Credits) und ausgegebene Studienabschlüsse (Diplome) finanziert wird, entsteht der Anreiz, so viele Studierende wie möglich so schnell wie möglich durch die Studiengänge zu schleusen. Das bringt Qualitäts- und Auslesekriterien unter Druck. Studiengänge werden zunehmend verschlankt und verschult. Gleichzeitig wird Solidarität zwischen Studiengängen, Fachdisziplinen und Fakultäten entgegengearbeitet. Jeder Studiengang soll sich selbst fortwährend eigenständig und kurzfristig rechnen.

Finanzieller Druck belastet auch das Personal. Der Anteil befristeter Arbeitsverträge ist, wie auch die von MitarbeiterInnen empfundene Arbeitsbelastung, in den vergangenen Jahren stetig gestiegen.³⁶ Auch wird zunehmend eine Zerteilung des wissenschaftlichen Personals in VorzeigeforscherInnen und Lehrvieh wahrgenommen: Während AkademikerInnen, denen es gelingt, externe Forschungsgelder einzuwerben, sich aus dem universitären Betrieb zurückziehen können, kaum lehren und dadurch ihre Chancen auf weitere Forschungszuschüsse ständig ausbauen, landen ihre KollegInnen in der Falle der chronischen Überbelastung durch Lehre und unterstützende Verwaltungsarbeit und verlieren ihre Chance, in der Forschung aufzuschließen. Dadurch gerät auch die vom Humboldt'schen Bildungsideal geforderte Verbindung von Forschung und Lehre in Gefahr.

³⁵ De Blois 2016.

³⁶ So hatten z.B. im Jahr 2015 laut eines durch die Universität selbst in Auftrag gegebenen Berichtes zwei Drittel der an der Universität von Amsterdam beschäftigten MitarbeiterInnen einen befristeten Vertrag; siehe: De Beer, de Jong 2015. Eine Umfrage der Sozialistischen Partei ergab im April 2016, dass 50% aller WissenschaftlerInnen an den Universitäten das Gefühl haben, durch Zeitmangel ihre Arbeit nicht gut genug erledigen zu können; siehe: <https://vragen.sp.nl/index.php/824514> (Zugriff vom 18.10.2016).

Während in Forschung und Lehre also finanzielle Engpässe entstehen, die an Studierende und an MitarbeiterInnen weitergereicht werden, ist gleichzeitig offensichtlich, dass die Universitäten sehr wohl Geld haben. Seit im Jahr 1995 die Universitäten der Niederlande per Gesetz zu Herren über ihre eigenen Gebäude gemacht wurden, wurde hier sehr viel Geld investiert. Die entsprechenden Entscheidungen der Universitätsvorstände über teure Neubauten und Umzüge sind für MitarbeiterInnen oft schwer nachzuvollziehen. Hierbei werden große finanzielle Risiken genommen und müssen massive Geldreserven als Garantie für teure Kredite eingefroren werden. Auch das hat für viel Unfrieden gesorgt, vor allem an der Universität von Amsterdam, wo Immobilien besonders teuer sind. Dazu kommen als mögliche Fehlinvestitionen gesehene »Hobby«-Initiativen der Vorstände, wie etwa gegenwärtig verstärkte Ausgaben für »blended learning«,³⁷ die teuer sind und von denen befürchtet wird, dass sie nicht wie versprochen als Supplement sondern als Substitut für echte Lehre gebraucht werden sollen. Ein allgemeines Problem ist der Mangel an Transparenz in der Finanzverwaltung der Universitäten. Oft sind die Finanzen auf universitärer und fakultärer Ebene schlicht nicht einsehbar oder nachvollziehbar. Das sorgt für viel Misstrauen. So wurde finanzielle Transparenz zu einer der Hauptforderungen der Protestbewegung. Eine weitere ist Demokratisierung: mehr Mitspracherecht für MitarbeiterInnen und Studierenden.

Diese Forderung nach mehr Mitspracherecht ist eine Konsequenz der undemokratischen Struktur, elitären Zusammensetzung und autokratischen Praktiken der Hochschulvorstände, so etwa: Wichtige Entscheidungen zu den Rahmenbedingungen für Forschung und Lehre (zum Beispiel zum Semesteraufbau, der Frage wie viele Kurse in einem Studiengang parallel belegt werden können etc.) werden von oben aufoktroiert. Abteilungen und ganze Fakultäten werden ohne erkennbare Notwendigkeit gezwungen umzuziehen. Arbeitsumgebungen werden ohne Mitsprache völlig anders ausgerichtet (etwa ohne eigene Büros für MitarbeiterInnen, stattdessen mit Flex-desking, zu wenig Raum für MitarbeiterInnen und Studierenden oder ohne direkten Zugang für die Öffentlichkeit).

Als Resultat der hier kurz angerissenen Probleme entstand eine breite Protestwelle, die mehr Transparenz, Dezentralisierung und Demokratie an den Universitäten forderte, die eine Rückbesinnung auf die Kernaufgaben der Universitäten in Forschung und Lehre und mehr Autonomie für die dort Schaffenden ermöglichen sollten. Demokratisierung der Universitäten war schon in den 1960er Jahren eine zentrale Forderung gewesen. Viele der damals gemachten Zugeständnisse über Mitbestimmungsrechte waren jedoch wieder stark eingeschränkt oder ganz zurückgedreht worden. Die neue Protestbewegung knüpfte hier mit dem Motto »Wir sind die Universität!« an und richtete sich dabei auch ganz klar zeitgemäß gegen die Erscheinungsformen von Neoliberalisierung, und hier vor allem Finan-

³⁷ »Blended learning« oder »integriertes Lernen« strebt offiziell eine Verknüpfung von Präsenzveranstaltungen und modernen Formen von E-Learning wie z.B. massiven offenen Online-Kursen (MOOCs) an.

zialisierung und Managerialismus (New Public Management), in der universitären Umgebung.

Bezüglich unserer ersten Forschungsfrage ergibt sich folgende Antwort aus der Fallstudie der Amsterdamer Proteste, die im Folgenden weiter ausgearbeitet wird: Die Proteste richteten sich explizit gegen zunehmenden Managerialismus und Finanzialisierung und somit gegen den Aufzug des New Public Managements an der Universität von Amsterdam. Die in diesem Zusammenhang wahrgenommenen Missstände verschlimmerten sich aus Sicht der Protestierenden in den abgelaufenen Jahren, und diese Zunahme der wahrgenommenen Probleme kann als ein Grund dafür gesehen werden, dass und wie die Protestierenden ihren aktiven Aufstand begannen.³⁸ Sie griffen damit die diskursiven Rahmen der globalisierungskritischen Bewegung auf,³⁹ die sich dem Eindringen der neoliberalen Marktlogik in alle gesellschaftlichen Zusammenhänge widersetzen. Dagegen gehalten werden die Ideale universitärer Mitbestimmung (Transparenz, Demokratie) und der Schutz des universitären Raums vor reinem Marktdenken (die Universität als Gemeingut), die auch im Wertekonsens der globalisierungskritischen Bewegung zentral verankert sind.⁴⁰

3.2 Der Protest

Zwei niederländische Vorläuferinitiativen waren besonders wichtig als Hintergrund für die Protestwelle, die die Universität von Amsterdam (UvA) 2015 ergriff. Die erste war die sogenannte »Plattform Erneuerung niederländische Universitäten« (Platform H.NU),⁴¹ eine im Herbst 2013 ins Leben gerufene Bewegung von WissenschaftlerInnen aller niederländischen Universitäten, die sich klar gegen die oben skizzierten Entwicklungen ausspricht. Die zweite Initiative waren die »Besorgten VUer« (Verontruste VU'ers),⁴² ein seit 2012 bestehender Zusammenschluss von kritischen MitarbeiterInnen der VU Universität Amsterdam (VU), also der anderen der beiden Amsterdamer Universitäten. Diese Initiativen waren auch vielen KritikerInnen an der Universität von Amsterdam bekannt, hatten wichtige Vorarbeit in der Artikulation und im Framing der relevanten Kritik geliefert und inspirierten andere, sich ebenfalls zu organisieren.

38 Selbstverständlich wäre eine vollständige Erklärung dafür, warum Proteste hier und zu diesem Zeitpunkt ausbrachen (und nicht früher, später oder anderswo), ein komplexes Unterfangen. Wir versuchen hier, keine Erklärung für die Proteste zu liefern, sondern geben an, welche wahrgenommenen Missstände die Protestierenden aus ihrer eigenen Sicht motivierten, d.h. worum es ihnen ging.

39 Scholl 2013.

40 Freyberg-Inan 2006.

41 Mehr Informationen auf platform-hnu.nl/ (Zugriff vom 18.10.2016).

42 Mehr Informationen auf <https://verontrust.wordpress.com/> (Zugriff vom 18.10.2016). Ein Symposium der »Besorgten VUer« vom 25. April 2013 kann (auf Niederländisch) hier eingesehen werden: http://www.kaltura.com/index.php/extwidget/preview/partner_id/1197662/uiconf_id/13748761/entry_id/1_7e2gko12/embed/legacy? (Zugriff vom 18.10.2016).

Im November 2014 hatte der Universitätsvorstand (College van Bestuur) der UvA starke finanzielle Einschnitte in Studiengängen angekündigt. Dem Restrukturierungsplan »Profil 2016« sollten vor allem große Teile der Geisteswissenschaften zum Opfer fallen. Mehrere Studiengänge sollten eliminiert werden, vor allem in den Sprachen. Der Universitätsvorstand überlegte auch, alle übrigbleibenden Studiengänge in den Geisteswissenschaften in einem einzigen »Liberal Arts«-Programm zu konsolidieren. Dekan Frank van Vree argumentierte, dass die Einschnitte durch rücklaufende Studentenzahlen der vergangenen Jahre notwendig gemacht würden und dass eine »rigorose Reorganisation« der Fakultät unausweichlich sei. Als Reaktion auf diese Entwicklungen regte sich ab Ende 2014 Protest. Die Gruppe »Humanities Rally«⁴³ formierte sich aus Studierenden und MitarbeiterInnen und startete Demonstrationen und Petitionen, um die angekündigten Veränderungen aufzuhalten.

Am 4. Februar 2015 veröffentlichte die Zeitung *Het Parool* den durchgesickerten Inhalt des mittlerweile angepassten Restrukturierungsplans: Masterprogramme mit weniger als zwanzig Studierenden sollten automatisch eliminiert und zu keiner Zeit sollten mehr als maximal drei DoktorandInnen begleitet werden. Diese Entscheidungen standen in klarem Widerspruch zu den Forderungen der »Humanities Rally«. Als Reaktion besetzten ein paar Dutzend Studierende und MitarbeiterInnen unter dem Namen die »Neue Universität« (NU)⁴⁴ am 13. Februar 2015 das Bungehuis, in welchem die Fakultät der Geisteswissenschaften residierte. Sie verlangten unter anderem: demokratische Wahlen zum Universitätsvorstand; Veränderung des Finanzierungsmodells mit größerer Gewichtung von Input- gegenüber Effizienzkriterien; Absage des Restrukturierungsplans »Profil 2016«; Festverträge für Dozierende; und eine offene Debatte über die Kosten von Immobilien im Vergleich zu den Einschnitten in Lehre und Forschung sowie ein Ende der Immobilienspekulation inklusive einer Absage des geplanten Verkaufs des Bungehuses selbst.

Die BesetzerInnen suchten den Dialog mit dem Universitätsvorstand und setzten sich aktiv dafür ein, dass ihre Besetzung so wenig Behinderung für den Universitätsbetrieb wie möglich verursachte. Dennoch reagierte der Universitätsvorstand mit einer Anzeige und verlangte Strafzahlungen von 100.000 € pro Person pro Tag der Besetzung. Diese Forderung wurde weithin als exzessiv empfunden. Das Gericht setzte die Strafzahlungen stattdessen auf 1.000 € pro Tag mit einem Maximum von 25.000 € fest. Die Besetzung erhielt signifikante Unterstützung innerhalb der UvA, aus dem nationalen Parlament, von wichtigen Personen des öffentlichen Lebens sowie von Gewerkschaften. Eine Petition der Besetzerinnen über Change.org sammelte über 7.000 Unterschriften, u.a. von Noam Chomsky, Jacques Rancière, Judith Butler, Axel Honneth, Simon Critchley, Jean-Luc Nancy, Saskia Sassen, James Tully und Johan Galtung.

Ab 23. Februar verhandelten die Besetzerinnen zwei Tage lang unter Vermittlung des Amsterdamer Bürgermeisters Eberhard van der Laan mit dem Universi-

43 Mehr Informationen auf <https://humanitiesrally.com/> (Zugriff vom 18.10.2016).

44 Mehr Informationen auf <http://newuni.nl/> (Zugriff vom 18.10.2016).

tätsvorstand über eine Beendigung der Besetzungsaktion, kamen jedoch zu keiner Einigung. Bei der darauffolgenden Räumung durch die Ordnungskräfte wurden 46 Besetzerinnen und Umstehende in Gewahrsam genommen. Im Restrukturierungsplan wurden keine weiteren Zugeständnisse gemacht. Am Tag nach der Räumung berichtete die Tageszeitung *de Volkskrant*, dass auch die Pläne für den Verkauf des Bungehuis an eine Firma, die das Gebäude in ein privates britisches Clubhaus umwandeln wollte, weiterverfolgt würden.

Noch am selben Tag riefen verschiedene Studentenorganisationen und -gewerkschaften zu einer Demonstration auf, um die Forderungen der »Neuen Universität« zu unterstützen. Am Ende dieser Demonstration mit etwa tausend Teilnehmerinnen verschaffte sich eine Gruppe Demonstrierender spontan Zugang zum Maagdenhuis, dem zentralen administrativen Gebäude der UvA, welches dadurch zum elften Mal in seiner Geschichte besetzt wurde. Das Gebäude hatte vor allem durch die erste, viel kürzere Besetzung 1969 starke Symbolkraft für universitären Widerstand erlangt. Dieses Mal sollte die Besetzung bisher unerreichte 46 Tage dauern. Der Universitätsvorstand bot am nächsten Tag Konzessionen an, um die Besetzung zu beenden, zum Beispiel mehr Fördergelder für zusätzliche Studiengänge, etwa in den Geisteswissenschaften, und einen Aufschub von zwei Jahren für den Abbau der modernen Sprachen. Diese Forderungen wurden von den Besetzerinnen jedoch als unzureichend abgelehnt. Am darauffolgenden Tag kündigte die »Neue Universität« an, ihre Bewegung auf andere Universitäten im Land auszuweiten und erklärte den 4. März zum landesweiten Aktionstag, was auch von neu gegründeten »Neue Universität« (NU)-Gruppen an den Universitäten in Leiden, Groningen, Utrecht, Nijmegen und Rotterdam aufgegriffen wurde. Sogar Studierende an einigen Hochschulen erklärten ihre Unterstützung für die NU-Bewegung. Noch am selben Tag organisierten sich DozentInnen und andere universitäre MitarbeiterInnen unter dem Namen »Rethink UvA«⁴⁵, um die NU Bewegung zu unterstützen. Sie forderten Aktionen wie Streiks und Besetzungen von UvA-Gebäuden, sollte der Universitätsvorstand ihren Forderungen kein Gehör schenken. Die Forderungen überschritten sich fast völlig mit denen der NU. Ein paar Tage später erklärte auch die FNV, eine Föderation niederländischer Gewerkschaften, ihre Unterstützung der Proteste und kündigte Streiks an, falls auf die Forderungen von »Rethink UvA« nicht eingegangen würde.

Nachdem der Universitätsvorstand wiederholt nicht inhaltlich umfassend auf die gestellten Forderungen reagiert hatte, entzog ihm »Rethink UvA« am 9. März das Vertrauen und verlangte den Rücktritt des Vorstandes. Die entsprechende Petition wurde in den kommenden Tagen von über 500 MitarbeiterInnen, darunter auch einigen ProfessorInnen, unterschrieben. Am folgenden Tag publizierte der Universitätsvorstand einen 10-Punkte-Plan, der mehr Demokratisierung und größere Transparenz ankündigte. Dieser wurde von den Protestgruppen zwar als Schritt in die richtige Richtung begrüßt, erschien aber zu unklar und vage. Die Besetzung dauerte noch bis zum 11.4. fort, als eine erzwungene Räumung den Beset-

45 Mehr Informationen auf <http://rethinkuva.org/> (Zugriff vom 18.10.2016).

zerInnen noch größere Sympathien bescherte, die selbst in den konservativen Medien des Landes Ausdruck fanden.

Vor allem vier Elemente des Umgangs mit den Protestierenden brachten weite Teile des Landes gegen den Universitätsvorstand auf. Zum ersten lag der Zeitpunkt der Räumung am Vorabend eines geplanten Festivals der Wissenschaften. Die BesetzerInnen hatten das Gebäude in der gesamten Zeit der Besetzung als öffentliche Universität genutzt und zahllose akademische und kulturelle Veranstaltungen abgehalten, die in dem geplanten Festival ihren Höhepunkt finden sollten. Der Zeitpunkt der Räumung schien daher symptomatisch für die empfundene Zweckentfremdung der Universität durch die Eliten: Es ging ihnen augenscheinlich nicht um die Universität als öffentlichen Raum für Innovation, Kreativität und Lernen, sondern um elitären Machterhalt. Dieser Eindruck wurde durch die Vielzahl und das martialische Auftreten der polizeilichen Einsatzkräfte bei der Räumung noch verstärkt. Obwohl sich niemand widersetzte, wurden BesetzerInnen gezerzt und geschoben. Neun Menschen wurden verhaftet. Die Bilder weinender StudentInnen, die aussahen wie jedermanns Kinder und kaum wie gewalttätige RandaliererInnen, erschütterten auch viele, die inhaltlich kein Interesse an den erhobenen Forderungen hatten. Drittens erhob der Universitätsvorstand wiederum völlig überzogene Forderungen nach finanziellen Bußen, die in keinem Verhältnis zum Schaden standen, den die Besetzung tatsächlich verursacht hatte.⁴⁶ Die BesetzerInnen waren sogar ausgesprochen pfleglich mit den Räumlichkeiten umgegangen. Viertens schockierte das elitäre Auftreten vor allem der Vorstandsvorsitzenden Louise Gunning-Schepers, die die Protestierenden nicht nur durch Mangel an Konzessionen, sondern auch durch ihre Art und Gesprächsführung gegen sich aufbrachte. Vor allem ihr Satz »Geht nach Den Haag und setzt euch nicht in mein [sic] Gebäude« war schnell in aller Munde. Als neben der Rücktrittspetition der Mitarbeiter, die in der Zeitung *NRC Next* veröffentlicht wurde, auch die zentralen Mitbestimmungsgorgane der Universität einen Personalwechsel verlangten, trat Gunning-Schepers noch im April 2015 zurück. Darauf sollten noch einige personelle Verschiebungen folgen, und die Universität sollte bis heute nicht völlig zur Ruhe kommen.⁴⁷

46 Ein Anwalt der UvA behauptete, es sei rund eine halbe Million Euro an Schaden verursacht worden – ein Betrag, der aus der Luft gegriffen schien. Kritiker ärgerten sich über die Art und Weise, wie der Universitätsvorstand offenbar versuchte, ein schlechtes Licht auf seine eigenen Studenten und Mitarbeiter zu werfen. Schnell stellte sich heraus, dass der größte Teil dieses angeblichen Schadens aus Kosten für einen vom Vorstand bestellten Sicherheitsdienst und den Aufwendungen für interne Umzüge bestand und nicht aus von den Besetzern verursachten Sachschäden. Dies wurde von der Zeitung *NRC* und dem Fernsehsender *AT5* bestätigt. Siehe E-Mail Rundbrief »De Nieuwe Universiteit«, 17. Februar 2016.

47 Für gute Zusammenfassungen der Proteste siehe auch: De Gee 2016. »Hij mocht er wezen: de Maagdenhuisbezetting van 2015«, Dokumentarfilm, *AT5*, einzusehen auf: <http://www.at5.nl/artikelen/153219/hij-mocht-er-wezen-de-maagdenhuisbezettingvan-2015> (Zugriff vom 18.10.2016); Foucher, Matthieu; C., Paula (Rocky) 2016. »The Coming University: From the Bungehuis Occupation to the Maagdenhuis Appropriati-

Hinsichtlich unserer zweiten Forschungsfrage sehen wir, dass die Proteste an der Universität von Amsterdam und die Aktions- und Organisationsformen, die dafür gewählt wurden, klar in den Zyklus globalisierungskritischer Proteste passen. Neben der oben aufgezeigten diskursiven Nähe im Formulieren der Kritik, weisen auch die Aktions- und Organisationsformen viele Ähnlichkeiten auf: direkte Aktion und ziviler Ungehorsam als zentrale Elemente für die konfrontative Herausforderung neoliberaler Eliten und basisdemokratische, horizontale Entscheidungsfindung im Besetzungsplenum, das von verschiedenen, teils überlappenden Netzwerken gespeist wurde.

3.3 Die Ergebnisse

Ein Resultat der Proteste und des 10-Punkte-Plans des Universitätsvorstandes war die Einrichtung einer Untersuchungskommission »Finanzen und Gebäudemanagement« und einer Kommission »Demokratisierung und Dezentralisierung«, letztere mit Subkomitee zum Thema »Diversität und Dekolonialisierung«. ⁴⁸ Die Kommission »Finanzen und Gebäudemanagement« untersucht die Investitionen und Finanzen der Universität sowie neue Möglichkeiten der Verteilung von Geldern zwischen den Fakultäten. Die Kommission »Demokratisierung und Dezentralisierung« inventarisiert problematische Strukturen und Praktiken der Entscheidungsfindung und sucht Alternativen für eine dezentralere und demokratischere Universität. Beide Kommissionen haben sich auf die Fahne geschrieben, sich dafür einzusetzen, dass die Universität ihre Kernaufgaben in Forschung und Lehre wieder besser wahrnehmen kann. Das Subkomitee »Diversität und Dekolonialisierung« untersucht, wie marginalisierte Gruppen mehr Raum in der Universität bekommen können und ihre Position verbessert werden kann. Beide Kommissionen haben ihre Arbeit aufgenommen. In beiden sind UniversitätsmitarbeiterInnen vertreten, und beide kommunizieren aktiv mit dem gesamten universitären Umfeld, um ihre Legitimitätsbasis zu stärken. ⁴⁹

Auch gelang es den Protestierenden, vor allem durch den Einsatz des Zentralen Studentenrates, welcher ein offizielles Mitspracherecht auf der zentralen Verwaltungsebene hat, die umstrittene N+1-Regel zu kippen, laut derer Fakultäten bis dahin nur für Studienabgänger bezahlt worden waren, die nicht länger als ein Jahr über die vorgesehene Studiendauer hinaus studiert hatten. Insgesamt ist seit Beginn der Proteste eine leichte Zunahme an Transparenz und Beteiligung zu beobachten, welche auch weiterhin eingefordert wird. Das äußerte sich zum Beispiel

on«, Dokumentarfilm, einzusehen auf <https://www.youtube.com/watch?v=DsHeqre7tcU> (Zugriff vom 18.10.2016); Thomas 2015.

⁴⁸ Auf den Webseiten der Kommissionen finden sich deren Berichte und weitere Informationen: <http://cofh-uva.nl/> und <http://commissiedd.nl/> (Zugriff vom 18.10.2016).

⁴⁹ Die Kommission Demokratisierung und Dezentralisierung wurde durch eine Vor-Kommission geformt, in der die Bewegungen Amsterdam United, University of Colour, New Urban Collective, Humanities Rally, de Nieuwe Universiteit, die relevanten Gewerkschaften, ReThink UvA und die offiziellen Mitbestimmungsorgane der UvA vertreten waren.

auch im geschlossenen Rücktritt des externen Aufsichtsrates der Universität (Raad van Toezicht) im Juni 2016, nachdem diverse Mitbestimmungsorgane und -gremien der Universität sich, vor allem im Zusammenhang mit dessen (undurchsichtigen und undemokratischen) Praktiken rund um die Ernennung der Mitglieder des Universitätsvorstandes, kritisch über jenen geäußert und die Möglichkeit einer konstruktiven Zusammenarbeit in Frage gestellt hatten. Das (gesetzlich vorgeschriebene) Gremium musste durch das Kultusministerium der Niederlande neu besetzt werden. Auch der Universitätsvorstand selbst stellt sich seither transparenter auf und geht regelmäßig das Gespräch mit MitarbeiterInnen an. Seine Zusammensetzung bleibt jedoch abhängig vom Aufsichtsrat, der seit Abtritt der vorigen Vorstandsvorsitzenden Louise Gunning-Schepers stärker als der Vorstand selbst zur Zielscheibe der Kritik geworden ist.

Eine Reihe weiterer inspirierender Initiativen entstanden aus den Protesten und helfen dabei, diese am Leben zu halten. *De Omslag* (»Der radikale Wandel«) etwa ist ein interaktives Online-Forum für Publikationen und Diskussion zum Thema höhere Bildung, in welchem die für die Proteste relevanten Themen behandelt werden und das versucht, StudentInnen, AkademikerInnen, JournalistInnen, PolitikerInnen und ManagerInnen miteinander ins Gespräch zu bringen. ⁵⁰ Auch wird ein interaktives, multimediales Online-Archiv zur Maagdenhuis-Besetzung errichtet. Auch nicht virtuelle Räume bleiben wichtig. So befindet sich im UvA-Gebäude Spinhuis ein besetztes akademisches Café und auf dem Campus der VU der *Verrekijker* (der »Weitsichtige«) als autonomer studentischer Raum, wo Widerstand weiterleben kann.

Auffällig ist an dieser Protestwelle vor allem die Art und Weise, wie sich breiterer Widerstand in verschiedenen Gruppierungen schnell formierte und dann koordiniert auftrat. Das macht deutlich, dass die Unzufriedenheit über die geäußerten Missstände lange geschwelt hat und die am Protest beteiligten Gruppierungen sich im Konsens sowohl über die Probleme wie auch weitgehend über die angestrebten Alternativen und Lösungen befanden. ⁵¹ Die Gruppierungen in der Bewegung sind sowohl innerhalb als auch außerhalb der Universität Amsterdam gut vernetzt und koordiniert. So war von Beginn an nicht zu erkennen, dass StudentInnen und MitarbeiterInnen Interessenskonflikte haben könnten. Im Gegenteil, die Vertretungen und AktivistInnen auf Seiten der Studierenden und MitarbeiterInnen arbeiteten, diskutierten und marschierten zusammen. Ihre Forderungen unterscheiden sich nicht. Auch die gute Vernetzung mit gleichgesinnten Bewegungen an anderen Universitäten in den Niederlanden fällt auf. An fast allen niederländischen Universitäten bildeten sich zeitnah ähnliche Organisationen, die dann auch vielfach diesel-

⁵⁰ Mehr Informationen auf <https://omslag.nu/> (Zugriff vom 18.10.2016).

⁵¹ Im europäischen Vergleich lässt sich dazu anmerken, dass die Bedingungen an niederländischen Hochschulen, vor allem für den akademischen Mittelbau, durchaus, z.B. verglichen mit Deutschland, als noch insgesamt relativ gut bewertet werden können. Warum es wo und wann zum Umschlagen von Unzufriedenheit in universitäre Proteste kommt und inwieweit objektive Bedingungen hierfür verantwortlich gemacht werden können, ist jedoch eine komplexe Frage, die wir hier (noch) nicht behandeln können.

ben Labels (»Neue Universität«, »Rethink«) annahmen und ebenfalls inhaltlich übereinstimmende Forderungen erhoben.

UnterstützerInnen der Proteste tragen die Inhalte in andere relevante Gremien, wie etwa die Allgemeine Studentenvereinigung Amsterdam (ASVA) und die Nationale Studentengewerkschaft (LSVb) weiter. Auch bei den Wahlen zu Studentenräten leben die relevanten Diskussionen fort. So sind es etwa an der UvA die Parteien der StudentInnen, die die Forderungen der Protestierenden vor allem weiter aufrechterhalten, die »Humanities Rally Partij und de Decentralen«. Auch Anschluss an die nationale Parteipolitik ist sichtbar. Parteien wie die konservative Volkspartei VVD, die sich kritisch über »rekreative Studien« geäußert hatte, werden angegriffen. Die Sozialistische Partei, die viele der Forderungen der Protestbewegung im Parlament vertritt, findet mehr Zuspruch. Allerdings ist wichtig zu betonen, dass sich keine Anzeichen für eine parteipolitische Vereinnahmung der Protestbewegung finden lassen.

Neben guter Vernetzung im Inland finden sich auch deutliche Zeichen für ein gewachsenes Bewusstsein eines im Grunde transnationalen Kampfes in Solidarität mit universitären Protestbewegungen in anderen Ländern. Die transnationale Dimension dieses lokalen Protestes wird schon allein darin sichtbar, dass die »offizielle« Sprache der Maagdenhuis-Besetzung Englisch war. Studenten und Dozenten aus vielen Ländern nahmen aktiv teil.⁵² Neben der rasch ansteigenden transnationalen Mobilität von StudentInnen und DozentInnen finden sich auch stets mehr AkademikerInnen mit zwei oder mehr Anstellungen an verschiedenen Einrichtungen. Auch das kann, neben den schier unbegrenzten Möglichkeiten zur Kommunikation durch alte und neue Medien helfen, Bewusstsein und Protest weiterzutragen. So finden sich explizite Verweise auf einen gemeinsamen Kampf für geteilte Ziele in den Publikationen von »Neue Universität«, wo zum Beispiel Bezug auf die Proteste an der School of Oriental and African Studies (SOAS) in London und der Sorbonne in Paris genommen wird. Auch das Symbol des Protestes, das an die Kleidung geheftet wurde, ein kleines rechteckiges rotes Stück Stoff, war eine Entlehnung von den Studentenprotesten in Quebec, Kanada und sollte internationale Solidarität und das Bewusstsein geteilter Probleme ausdrücken. Die dänische Studentenbewegung »Eine andere Universität« hielt Kontakt mit der »Neuen Universität« aus Amsterdam.⁵³ Ein ursprünglich 2013 auf Niederländisch erschienen Manifest zweier Mitbegründer der »Plattform H.NU«, welches eine umfassende Diagnose der Probleme der neoliberalisierten Universität stellt, Alternativen aufweist und zum Kampf aufruft, wurde in mehrere Sprachen übersetzt und zirkuliert in verschiedenen Ländern Europas und darüber hinaus.⁵⁴ Das Manifest und die hier gestellte Diagnose finden auch Anklang in anderen Sektoren, wie etwa im Gesundheitswesen und im Kunstsektor, wo ÄrztInnen, Pflegepersonal und Künst-

52 Viele der protestierenden Studenten in Nijmegen waren und sind deutsch, da Nijmegen nahe der Grenze liegt und viele deutsche Studierende anzieht.

53 Risager, Thorup 2016.

54 Halffman, Radder 2013; <http://www.krisis.eu/content/2013-3/krisis-2013-3-01-halfman-radder.pdf> (Zugriff vom 18.10.2016).

lerInnen ähnlich gelagerte Probleme wahrnehmen.⁵⁵ Anschluss an anti-neoliberale Protestbewegungen in anderen Sektoren wird auch transnational wahrgenommen und ermutigt. So lobt die »Neue Universität« beispielsweise die NuitDebout-Bewegung in Frankreich, da diese

»sich auf die Rückeroberung von öffentlichem Raum richtet, auf das Zuteilen einer neuen Bedeutung an »das Politische« und »das Kollektive«, durch das gemeinsame Zusammenkommen auf unseren Straßen und Plätzen, die Diskussion und das Teilen unseres Wissens und Schöpfens« (Übersetzung der Verf.).

Vernetzung mit anderen Gruppierungen, die gegen Neoliberalismus, New Public Management und Top-Down-Verwaltung (Depolitisierung und Entmachtung) in anderen Sektoren arbeiten, ist explizites Ziel der hier analysierten Bewegung. Das führte zum Beispiel auch zu Unterstützung für die europaweite Anti-TTIP/CETA-Kampagne.

Bezüglich unsere dritten Forschungsfrage wollen wir daher die These aufstellen, dass die (transnationale) Vernetzung zwischen Universitätsprotesten und auch zwischen diesen und anderen globalisierungskritischen Protesten an verschiedenen Orten zunimmt, gestützt durch die zunehmende Mobilität von sowohl StudentInnen als auch universitären MitarbeiterInnen so wie durch die Zirkulation programmatischer Dokumente, wie etwa dem »Akademischen Manifest« von Willem Halffman und Hans Radder,⁵⁶ und Austausch in sozialen Netzwerken. Jedoch beschränkt sich die Zusammenarbeit bisher augenscheinlich hauptsächlich auf gegenseitige deklarative Unterstützung und Informationsaustausch. Auch ist möglich, dass die zum Teil erhebliche nationale Resonanz, die die Proteste erfahren, auf transnationaler Ebene mehr öffentliches Bewusstsein für die angezeigten Missstände schaffen und somit Mobilisierung unterstützen könnte. Für eine systematische Evaluation der (transnationalen) Vernetzung dieser Proteste ist jedoch weitergehende Forschung nötig.

3.4 Ausblick: Der Kampf geht weiter

Auf allen Ebenen wird weiterhin gekämpft, vor allem um Demokratisierung und Dezentralisierung, die Ernennungsprozesse der Top-Verwalter der Universitäten, mehr Mitspracherecht für Studierende und Lehrende in Entscheidungen über Gestaltung der Inhalte und Rahmenbedingungen für Lehre und Forschung und um das Studienfinanzierungssystem.

Kurz zusammengefasst ernennt in den Niederlanden das Kultusministerium einen externen Aufsichtsrat für jede Universität, der wiederum den Universitätsvorstand ernennt, welcher daraufhin über die Fakultätsvorstände seine zentralen Entscheidungen nach unten weitergibt. Sowohl Aufsichtsrat wie auch Universitätsvorstand bestehen im Allgemeinen aus wirtschaftlich und politisch gut vernetzten aber oft sachfremden Mitgliedern der niederländischen Topelite (»old boys networks«). Louise Gunning-Schepers wurde für die daraus entstehenden

55 Halffman, Radder 2017.

56 Halffman, Radder 2013.; Halffman, Radder 2017.

Pathologien im Frühjahr 2015 zum Vorzeigestück.⁵⁷ Seither bleibt die Unzufriedenheit über diese elitäre und oft als autokratisch empfundene Verwaltungsstruktur hoch. Befürchtet wird auch, dass vom Aufsichtsrat, der ja eigentlich nur ein Kontrollorgan sein sollte, inhaltliche Entscheidungen mit Hilfe von Personalpolitik durchgedrückt werden. Hierbei ging es in letzter Zeit etwa um die Fusion von Universität (UvA) und Hochschule (HvA), die von politischen Eliten vorangetrieben, aber von Mitarbeiterinnen und Studierenden vielfach kritisch gesehen wurde. Die diesbezüglichen Sorgen bezogen sich auf noch größeren Maßstab und damit einhergehende noch größere Zentralisierung und Intransparenz, aber auch auf eine zunehmende Aushöhlung der Rolle von humanistischer Bildung und fundamentaler Forschung und somit die Rolle der Universität in der Gesellschaft, auf die wir später noch einmal zurückkommen.

So vermutete die »Neue Universität«, dass der Rücktritt des den Forderungen der Protestierenden eher offen gegenüberstehenden Vizevorsitzenden des Vorstandes, Hans Amman, im Frühjahr 2016 Resultat eines Konfliktes mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden Atzo Nicolaï über die Fusion war.⁵⁸ Dem Aufsichtsrat wird auch nach wie vor Undurchsichtigkeit in seinen Ernennungspraktiken vorgeworfen. Um an die notwendigen Informationen heranzukommen, ermutigt die NU »leaks from all layers of the University as appropriate acts of academic disobedience«.⁵⁹ Auch wurden im Frühjahr 2016 Schauwahlen für die Positionen des Vorstandsvorsitzenden und Rektors abgehalten. Die Forderung: Die Universität muss in hohem Maße von ihren eigenen Stakeholdern mitregiert werden.⁶⁰ Im Rundbrief der »Neuen Universität« steht dazu:

«We, academics, are very well capable of creating our university. Indeed, the professional managers are only working against us. Therefore, we call for the resignation of this Supervisory Board and the abolishment of the institution Supervisory Board and all professional managers.»⁶¹

Mit den bisher erreichten gesetzlichen Veränderungen⁶² in universitären Verwaltungsstrukturen (Wet Versterking Bestuurskracht) können die KritikerInnen noch lange nicht zufrieden sein. Zwar setzen sich einige sowohl linke als auch liberale und sozial-konservative Parteien (PvdA, D66, ChristenUnie, SP) für ein größeres Mitbestimmungsrecht für Dozenten und Studierende ein, doch wird die Kultusministerin beschuldigt, diese Anstrengungen zu blockieren.⁶² In jedem Fall gibt es noch immer kein Vetorecht für Mitbestimmungsorgane zur Verabschiedung des

57 Gunning-Schepers wurde daraufhin u.a. Vorsitzende der »Nationalen Wissenschaftsagenda«, einer Regierungsinitiative, die die Forschungsprioritäten für die Zukunft festlegen soll.

58 E-Mail Rundbrief »De Nieuwe Universiteit«, 16. März 2016.

59 Ebd.E-Mail.

60 Es handelt sich hierbei um eine passende Antwort auf die von Ginsberg (2003) in seinem Buch *The Fall of the Faculty* analysierten Zustände.

61 E-Mail Rundbrief »De Nieuwe Universiteit«, 7. April 2016.

62 E-Mail Rundbrief »De Nieuwe Universiteit«, 17. Februar 2016.

Haushaltes,⁶³ zur Abwicklung von Studiengängen, zu Fusionen oder zu Umzugsplänen. Zwar darf die Studentenschaft neuerdings ihre Meinung zum Profil neuer Top-ManagerInnen bekanntgeben. Entschieden wird dann allerdings ohne sie, so wie auch generell der zentrale Studentenrat sich trotz aller Demokratisierungsrhetorik nach wie vor in wichtigen Entscheidungen übergangen fühlt.⁶⁴

Der finanzielle Druck auf Lehre und Forschung hat ebenso wenig abgenommen wie die Arbeitsbelastung der MitarbeiterInnen. Versprechungen, proportional mehr Festverträge zu gewähren, wurden bislang nicht umgesetzt. StudentInnen fühlen weiterhin den Druck, ihr Studium vor allem möglichst schnell zu absolvieren. Durch Investitionen in Immobilien steht die UvA inzwischen mit 216 Millionen € in der Schuld und nimmt stets weitere Schulden auf.⁶⁵ Während für Lehre und Forschung das Geld fehlt, werden Investitionen in Gebäude als verschwenderisch empfunden. Auch entbrennt Wut über die Gehälter der Top-ManagerInnen, die bei annähernd 200.000 € liegen, und über die hohen Spesen, die sie dazu noch abrechnen können und über die die Zeitungen mittlerweile regelmäßig berichten.⁶⁶ Als geradezu absurd wurde vielfach empfunden, dass der Universitätsvorstand auf die Proteste sofort mit der Anstellung von teuren Reputationsmanagern reagierte.

Da das Studienfinanzierungssystem unter die Zuständigkeit des Kultusministeriums fällt, richtet sich die entsprechende Kritik vor allem gegen Kultusministerin Jet Bussemaker. Ein Untersuchungsbericht aus dem Frühjahr 2016 zeigte auf, dass gegenwärtige Veränderungen im Finanzierungssystem mit sinkenden Einschreibungszahlen für StudentInnen der ersten Generation, StudentInnen mit Migrationshintergrund und StudentInnen aus Familien mit niedrigem Einkommen einhergehen.⁶⁷ Das lässt die Sorge aufkommen, dass Universitäten bestehende Tendenzen zur Polarisierung der Gesellschaft in reich und arm, gebildet und ungebildet, einflussreich und machtlos noch verstärken könnten, statt diese im Sinne der Gesamtgesellschaft auszugleichen. Dies wiederum steht im Zusammenhang mit einer wichtigen Grundsatzfrage, welche die Verbindung zwischen den universitären Protesten und breiterer Gesellschaftskritik abschließend in den Vordergrund rücken soll: Wofür sollen Universitäten eigentlich gut sein?

Rund um die Proteste ist eine breitere Diskussion entstanden, in der kollektiv über den Sinn und Zweck universitärer Lehre und Forschung nachgedacht wird.⁶⁸ So sieht Beatrice de Graaf, Politikerin der christlich-sozialen Partei (ChristenUnie) und Professorin für Geschichte der Internationalen Beziehungen und Global

63 Zwar müssen die Fakultäten und der zentrale Studentenrat den Haushalt mit verabschieden, haben dabei aber weder Sicht darauf, wie das Geld verteilt werden soll, noch Mitspracherecht.

64 E-Mail Rundbrief »De Nieuwe Universiteit«, 17. Februar 2016.

65 Stand Februar 2016. E-Mail Rundbrief »De Nieuwe Universiteit«, 17. Februar 2016.

66 E-Mail Rundbrief »De Nieuwe Universiteit«, 17. Februar 2016.

67 E-Mail Rundbrief »De Nieuwe Universiteit«, 22. April 2016.

68 Van Baardewijk, Verbruggen 2014; Siehe auch: Collini 2012.

Governance an der Universität Utrecht, das Bildungsideal der Universität unter Druck. Laut diesem Ideal sei die Universität »ein Ort wo Normen, Werte, Ethik und Ideale im Zusammenspiel von Studenten und Dozenten entwickelt, kultiviert und diskutiert werden«. ⁶⁹ Sie befürchtet, dass stattdessen der Utilitarismus überhandgenommen hat. Dieser sei positiv zu bewerten, insofern er die Suche nach Lösungen für gesellschaftliche Probleme befördere. Allerdings sei er nun zu stark in Ertragsdenken umgeschlagen, im Zuge dessen WissenschaftlerInnen nur noch nach messbarem Nutzen abgerechnet werden. Der Emeritus Professor für Politikwissenschaft der Universität Twente, Jacques Thomassen, sieht auch eine der wichtigsten Grundlagen der Universität, nämlich die Einheit von Forschung und Lehre, gefährdet. ⁷⁰ WissenschaftlerInnen sehen sich genötigt, ihre Lehrverpflichtungen so gut es geht zu minimieren, da sie vor allem durch ihre finanz- und reputationsträchtigen Forschungsleistungen beurteilt werden.

Laut Rik Peels, Philosoph an der VU Amsterdam, liegt hier auch die Ursache einer gegenwärtigen Welle von Betrugsfällen in der Wissenschaft: WissenschaftlerInnen stehen unter Qualität und Moral abträglichem extremem Druck. Es sei höchste Zeit, zu den Kernwerten und -tugenden der Universität zurückzukehren, die da seien: Kenntnis, Weisheit, persönliche Entwicklung und Integrität. ⁷¹ Das althergebrachte Ideal, junge Menschen zu guten BürgerInnen zu erziehen und akademisch zu formen, sei in den vergangenen Jahrzehnten untergraben worden. Studiengänge seien zunehmend spezialisierter geworden und die positivistische Ansicht habe sich verbreitet, wonach man zwischen Fakten und Meinungen scharf trennen könne und müsse. Fachkenntnis sollte sich dabei auf Fakten konzentrieren. Akademische Charakterbildung ist in den Hintergrund getreten, und Forschungsergebnisse bezeugen, dass allgemeine intellektuelle Fähigkeiten der StudentInnen im Laufe ihres Studiums kaum zunehmen. ⁷² Das sei nicht nur traurig, sondern auch unverantwortlich: »Es gibt Medizinstudiengänge in den Niederlanden ohne Ethikfach. Das ist doch zu verrückt, um wahr zu sein, denn ÄrztInnen müssen jeden Tag ethische Entscheidungen treffen.« ⁷³

69 Zitiert in *Erasmus Magazine*, 1. September 2015; <https://www.erasmusmagazine.nl/en/2015/09/01/we-moeten-bildung-niet-uit-het-oog-verliezen/>.

70 Zitiert auf <https://www.researchprofessional.com/0/rr/news/europe/netherlands/2016/4/Terug-naar-de-grondslag-van-de-academie.html#sthash.gmicjJP9.dpuf>. Siehe auch van Dijck, José; Thomassen, Jacques 2015. »Investeer in vrij, vernieuwend onderzoek«, *De Volkskrant*, 31. August 2015 <http://www.volkskrant.nl/opinie/investeer-in-vrij-vernieuwend-onderzoek-a4132216/> (Zugriff vom 10.9.2015).

71 Peels und seine Kollegen Jeroen de Ridder und René van Woudenberg, ebenfalls Philosophen an der VU Universität, haben von der Templeton World Charity Foundation Forschungsgelder in Höhe von Euro 1,75 Millionen erhalten, um die Kernwerte der Universität zu erforschen sowie auch ein White Paper für die Politik und Richtlinien für Dozenten zu entwickeln. Mehr Informationen auf <https://www.researchprofessional.com/0/rr/news/europe/netherlands/2016/4/Terug-naar-de-grondslag-van-de-academie.html#sthash.gmicjJP9.dpuf>.

72 Ebd.

73 Ebd.

Die ManagerInnen der Universitäten haben immer häufiger selbst keine akademische Berufserfahrung und versuchen, die an der Universität erbrachten Leistungen, wie in Privatbetrieben am Markt, anhand messbarer Kriterien zu berechnen. Peels merkt an, wie dieses Ertragsdenken im Konflikt mit inhaltlich vernünftigen Entscheidungen steht, vor allem was die Geisteswissenschaften betrifft. So drohte der Studiengang Philosophie an der Erasmus-Universität Rotterdam aus Kostengründen aufgeben zu werden. »Aber in Krisen, zum Beispiel in der Wirtschaft oder mit Flüchtlingen, kommt immer wieder die Frage auf: Wie können wir hiermit auf ethisch verantwortliche Weise umgehen? Dafür braucht man Philosophen.« ⁷⁴

Nicht nur für die Geisteswissenschaften ist das Abrechnen nach der Anzahl von Publikationen und nachweislichem gesellschaftlichem Nutzen problematisch. Wichtige Erkenntnisse haben oft eine lange Inkubationszeit, gründliche Forschung lässt sich nicht hetzen und mit kritischer Forschung, obwohl unabdingbar, lässt sich naturgemäß kaum schnell Geld machen. Peels gebraucht das Beispiel von Immanuel Kants »Kritik der reinen Vernunft«, an der dieser zehn Jahre lang schrieb und welche die Geschichte maßgeblich beeinflusste: »Das könnte es im heutigen System nicht mehr geben.« ⁷⁵ Letztendlich lässt sich die hier skizzierte Kritik an der veränderten Stellung der Universität so zusammenfassen, dass die Universität öffentliche Werte schafft und weiterhin schaffen sollte, die weit über ihren »Marktwert« hinausgehen und deswegen auch nicht, sicher nicht ausschließlich, nach diesem abgerechnet werden sollten. Gleichzeitig werden die Rufe lauter, dass sich die Universität weniger elitär aufstellen und mehr der Gesellschaft öffnen sollte. Die Besetzer des Maagdenhuises haben das mit ihren Aktivitäten einer offenen Universität eindrucksvoll vorgelebt. Diese Vision der Universität als »knowledge commons«, ⁷⁶ als freier und auch bewusst vor der Logik des Marktes zumindest teilweise geschützter Raum, in dem auf offene, kritische und interaktive Weise Wissen und Meinungen, Ideen und Visionen geformt, kommunikativ weiterentwickelt und geteilt und umstritten werden, schließt nahtlos an bei der in der globalisierungskritischen Bewegung geteilten Vision des schützenswerten Gemeinguts, der Allmende, die dem ökonomistischen und managerialistischen Denken des Neoliberalismus nicht zum Opfer fallen soll. ⁷⁷

4. Fazit: Die Universität als Bestandteil und Brutkasten aktiver anti-neoliberaler Globalisierungskritik

Wir präsentieren den hier behandelten Protest als paradigmatisch für eine Protestwelle auf Europas Campussen der Gegenwart hinsichtlich seiner nicht lokal spezifischen Inhalte, deren Anschluss an breitere Gesellschaftskritik, seiner Protestfor-

74 Ebd.

75 Ebd.

76 Diese Vision wird klar auf den Punkt gebracht von Willem Halffman (2014).

77 Freyberg-Inan 2006.

men sowie der entwickelten Methoden und bisherigen Reichweite der Vernetzung. Aufgrund unserer vorläufigen Forschung stellen wir die These auf, dass sich die hier herausgearbeiteten Merkmale zumindest teilweise verallgemeinern und als typisierend für die universitären Proteste der Gegenwart, zumindest im Geltungsbereich des Bologna-Prozesses, charakterisieren lassen. Um diese These zu untersuchen, bedarf es allerdings breiterer systematisch vergleichender Forschung, mit der wir ausgehend von der vorliegenden Einzelfallstudie beginnen werden. Dabei leiten uns die folgenden, von unserer Fallstudie und bisheriger vergleichenden Forschung gestützten konkreten Beobachtungen:

Proteste richten sich inhaltlich gegen zunehmende Managerialisierung der universitären Verwaltung und die damit einhergehenden abnehmenden Mitbestimmungsrechte und die mangelnde Teilhabe der Studenten und Dozenten; gegen Finanzialisierung, vor allem im Sinne der Bewertung von Output in Lehre und Forschung nach marktwirtschaftlichen Kriterien und im Sinne der empfundenen Zweckentfremdung universitärer Strukturen und Mittel; gegen die damit einhergehende Bedrohung vor allem geisteswissenschaftlicher Fächer und kritischer Forschung sowie Grundlagenforschung, die ihren Marktwert schwer aufzeigen können; sowie gegen die zunehmende Verschiebung von Kosten auf StudentInnen (über Gebühren und verschlechterte Studienbedingungen) und MitarbeiterInnen (durch sich massiv verschlechternde Arbeitsbedingungen und Prekarität). Gefordert wird neben mehr Transparenz und Demokratisierung vor allem mehr Schutz für die Universität als Raum für Reflektion, Experimentieren und Lernen im Sinne des Humboldt'schen Bildungsideals.

Die universitären Proteste unserer Zeit lassen sich einer breiteren Gegenbewegung gegen die Finanzialisierung öffentlicher Güter und gegen Managerialismus – New Public Management – zuordnen und in diesem Sinne auch als Teil der anti-neoliberalen globalisierungskritischen Bewegung begreifen. Die Formen universitären Protestes sind auch deutlich vom Erbe der globalisierungskritischen Bewegung beeinflusst. Bei den UvA-Protesten etwa wurden sowohl Aktionsformen, zum Beispiel Besetzungen und andere direkte Aktionen, der globalisierungskritischen Bewegung benutzt als auch ähnliche Organisationsformen, wie zum Beispiel Vollversammlungen mit Handzeichen und Konsensverfahren sowie anti-neoliberale Rhetorik.

Allerdings ist auch wie in der breiteren globalisierungskritischen Bewegung zu beobachten, dass gegen Missstände, die durchaus einen transnationalen Kontext haben, fast ausschließlich lokal agiert wird. Schon bei den Protesten gegen den Bologna-Prozess hat sich herausgestellt, dass pan-europäische Koordination gar nicht so einfach ist. Auch jetzt nimmt die Vernetzung zwischen den Protesten an verschiedenen Orten zwar zu, aber beschränkt sich bisher hauptsächlich auf gegenseitige deklarative Unterstützung und Informationsaustausch. Vielsprechend sind der Trend zur transnationalen Zirkulation von programmatischen Dokumenten wie auch das spürbar wachsende Bewusstsein unter lokalen Protestbewegungen, dass sie in anderen Ländern Äquivalente haben. Hier kann der Anschluss an die breitere systemkritische globalisierungskritische Bewegung womöglich dabei helfen, universitären Protest auf höhere Ebenen im Mehrebenensystem

auszudehnen, während universitärer Protest gleichzeitig die globalisierungskritische Bewegung verstärken kann.

Abschließend lässt sich sagen, dass sich die universitäre Protestwelle unserer Zeit, ähnlich wie die der späten 1960er Jahre, gut als Teil einer breiteren gesellschaftskritischen Bewegung begreifen lässt, die sie befruchtet und von der sie befruchtet wird. Die universitären Proteste der letzten Jahre sind ein deutliches Zeichen, dafür dass Globalisierungskritik weiterlebt und sich verzahnt mit anderen gesellschaftlichen Konfliktfeldern. Gleichzeitig zeigt sich bei der transnationalen Vernetzung dieser Proteste, dass die Herausbildung europäischer Gegenöffentlichkeit immer noch zaghaft vonstatten geht und ihre Konsolidierung schwierig ist. In unseren Augen ist es kein Zufall, dass Universitäten nun wiederum als Brutkasten und Bestandteil der Gesellschaftskritik auftreten: Hier werden gesellschaftspolitische Zusammenhänge schließlich sowohl (noch) kritisch studiert als auch am eigenen Leibe erfahren. Dabei wird die Universität nicht nur als sozial-kulturelles System genutzt, sondern auch gegen zunehmende betriebswirtschaftliche Ausrichtung verteidigt. Wie das Beispiel der Niederlande zeigt, kann das daraus entstehende Bewusstsein für gesellschaftspolitische Probleme und das kreative Potential für deren Bewältigung dabei manchmal unerwartet schnell und durchschlagend kritisches Potential annehmen. Das wiederum betont die große Bedeutung des Schutzes unserer Universitäten als öffentliche Räume für kritische Reflektion und kritisches Handeln mündiger BürgerInnen.

Literatur

- Arrighi, Giovanni; Hopkins, Terence K.; Wallerstein, Immanuel M. 1989. *Antisystemic Movements*. London: Verso.
- Collini, Stefan 2012. *What Are Universities For?* London: Penguin Books.
- De Beer, Paul; de Jong, Eelco 2015. »Flexibele dienstverbanden aan de UvA«. Rapport in opdracht van de Commissie Personeel van de UvA, in *AIAS Working Paper Serie 160, November 2015*; einzusehen auf: <http://www.folia.nl/uploads/Flexibele%20dienstverbanden%20aan%20de%20UvA%20-%20AIAS%20WP%20160.pdf> (Zugriff vom 18.10.2016).
- De Blois, Joost 2016. *In de Naam van het Maagdenhuis*. Amsterdam: Editie Leesmagazijn.
- De Gee, Jelle 2016. »Hij mocht er wezen: de Maagdenhuisbezetting van 2015«, Dokumentarfilm, AT5; einzusehen auf: <http://www.at5.nl/artikelen/153219/hij-mocht-er-wezen-de-maagdenhuisbezettingvan-2015> (Zugriff vom 18.10.2016).
- Della Porta, Donatella 2007. *The global justice movement: Cross-national and transnational perspectives*. Boulder: Paradigm Publishers.
- Doerr, Nicole, Mattoni, Alice 2007. »The Euromayday Parade against Precarity: Cross National Diffusion and Transformation of the European Space »From Below««, Konferenzbeitrag zur 8th Annual Conference der European Sociological Association, Glasgow, 4.-6. September 2007.
- Engelen, Ewald; Fernandez, Rodrigo; Hendrikse, Reijer 2014. »How Finance Penetrates its Other: A Cautionary Tale on the Financialization of a Dutch University«, in *Antipode* 46, 4, S. 1072–1091.
- Flesher Fominaya, Cristina 2017. »European anti-austerity and pro-democracy protests in the wake of the global financial crisis«, in *Social Movement Studies* 16, 1, S. 1–20.
- Flesher Fominaya, Cristina 2014. *Social Movements and Globalization: How Protests, Occupations and Uprisings are Changing the World*. London: Palgrave MacMillan.

- Foucher, Matthieu; C., Paula (Rocky) 2016. »The Coming University: From the Bungehuis Occupation to the Maagdenhuis Appropriation«, Dokumentarfilm; einzusehen auf: <https://www.youtube.com/watch?v=DsHeqre7tcU> (Zugriff vom 18.10.2016).
- Freyberg-Inan, Annette 2006. »And a World to Win: Is There an Alternative-Globalization Consensus?«, in *Global Cooperation: Challenges and Opportunities in the Twenty-first Century*, hrsg. v. Krishna-Hensel, Sai Felicia, S. 201-220. London: Ashgate.
- Freyberg-Inan, Annette, Scholl, Christian 2014. »Hegemony Reloaded – Warum die globalisierungskritische Bewegung nicht von der neoliberalen Krise profitiert«, in *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik* 7, 4, S. 465-487.
- Gerbaudo, Paolo 2017. »The indignant citizen: Anti-austerity movements in southern Europe and the anti-oligarchic reclaiming of citizenship«, in *Social Movement Studies* 16, 1, S. 36-50.
- Gerring, John 2006. *Case Study Research: Principles and Practices*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Ginsberg, Benjamin 2013. *The Fall of the Faculty: The Rise of the All Administrative University*. Oxford: Oxford University Press.
- Halfman, Willem 2014. »De universiteit als kennismeent«, in *Waartoe is de universiteit op aarde?*, hrsg. v. van Baardewijk, Jelle; Verbruggen, Ad, S. 141-148. Meppel: Boom.
- Halfman, Willem; Radder, Hans 2013. »Het academisch manifest: van een bezette naar een publieke universiteit«, *Krisis* 2013, 3; einzusehen auf: <http://www.krisis.eu/content/2013-3/krisis-2013-3-01-halfman-radder.pdf> (Zugriff vom 18.10.2016).
- Halfman, Willem 2014. »De universiteit als kennismeent«, in *Waartoe is de universiteit op aarde?*, hrsg. v. van Baardewijk, Jelle; Verbruggen, Ad, S. 141-148. Meppel: Boom.
- Halfman, Willem und Hans Radder (Hrsg.) 2017. »International Responses to the Academic Manifesto: Reports from 14 Countries«, in *Social Epistemology Review and Reply Collective. Special Report*, S. 1-77; einzusehen auf <https://social-epistemology.com/2017/07/13/international-responses-to-the-academic-manifesto-reports-from-14-countries-willem-halfman-and-hans-radder/> (Zugriff vom 22.8.2017).
- Hensby, Alexander 2017. *Participation and Non-Participation in Student Activism: Paths and Barriers to Mobilising Young People for Political Action*. London: Rowman & Littlefield.
- Katsiaficas, George N. 1987. *The Imagination of the New Left: A Global Analysis of 1968*. Boston: South End Press.
- Klimke, Martin 2010. *The Other Alliance: Student Protest in West Germany and the United States in the Global Sixties*. Princeton: Princeton University Press.
- Lorenz, Chris (Hrsg.) 2008. *If you're so smart why aren't you rich? Universiteit, markt & management*. Boom: Amsterdam.
- Maeckelbergh, Marianne 2009. *The will of the many: How the alterglobalisation movement is changing the face of democracy*. London, New York: Pluto Press.
- McAdam, Doug; Rucht, Dieter 1993. »The Cross-National Diffusion of Movement Ideas«, in *Annals of the American Academy of Political and Social Science*, 528, S. 56-74.
- Melucci, Alberto 1989. *Nomads of the present: Social movements and individual needs in contemporary society*. Philadelphia: Temple University Press.
- Mertens, Tom (Hrsg.) 2004. *A movement of movements. Is another world really possible?* London: Verso.
- O'Halloran, Paddy 2016. »The African University as a site of protest: decolonisation, praxis, and the Black Student Movement at the University Currently Known as Rhodes«, in *Interface: A journal for and about social movements* 8, 2, S. 184-210.
- Palacios-Valladares, Indira 2016. »Protest communities and activist enthusiasm: student occupations in contemporary Argentina, Chile and Uruguay«, *Interface: A journal for and about social movements* 8, 2, S. 150-170.
- Risager, Bjarke Skærlund; Thorup, Mikkel 2016. »Protesting the Neoliberal University: The Danish Student Movement 'A Different University'«, in *Interface: A journal for and about social movements* 8, 1, S. 7-33.
- Rucht, Dieter 2003. »Social movements challenging neo-liberal globalization«, in *Social movements and democracy*, hrsg. v. Ibarra, Pedro, S. 211-228. New York, Hampshire: Palgrave Macmillan.

- Scholl, Christian 2012. *Two Sides of a Barricade: (Dis)order and Summit Protest in Europe*. New York: Suny Press.
- Scholl, Christian 2013. »Europe as contagious space: Cross-national diffusion through Euro-MayDay and climate justice movements«, in *Understanding European movements: New social movements, global justice struggles, anti-austerity protest*, hrsg. v. Cox, Robert; Fletcher Fominaya, Cristina, S. 127-142. London: Routledge.
- Scholl, Christian 2014. »The New Social Movement Approach«, in *Handbook of Political Citizenship and Social Movements*, hrsg. v. van der Heijden, Hein-Anton, S. 233-258. Cheltenham & Northampton: Edward Elgar Publishing.
- Smeltzer, Sandra; Hearn, Alison 2015. »Student Rights in an Age of Austerity? 'Security', Freedom of Expression and the Neoliberal University«, in *Social Movement Studies* 14, 3, S. 352-358.
- Somma, Nicolás M. 2012. »The Chilean student movement of 2011-2012: challenging the marketization of education«, in *Interface: A journal for and about social movements* 4, 2, S. 296-309.
- Tarrow, Sidney 1998. »Social Protest and Policy Reform: May 1968 and the Loi d'orientation in France« in *From Contention to Democracy*, hrsg. v. Giugni, Marco; McAdam, Doug; Tilly, Charles. Lanham, MD: Rowman & Littlefield.
- Thomas, Casper 2015. *Competente rebellen: Hoe de universiteit in opstand kwam tegen het marktdenken*. Amsterdam: Amsterdam University Press.
- Thorburn, Élise; Hugill, David 2011. »Roundtable: Pedagogy of Unrest: Education Struggles and the Prospect of an Autonomous University«, in *Upping the Anti: A Journal of Theory and Action* 12, S. 123-137 www.uppingtheanti.org (Zugriff vom 18.10.2016).
- Van Baardewijk, Jelle; Verbruggen, Ad (Hrsg.) 2014. *Waartoe is de universiteit op aarde?* Meppel: Boom.
- Verkaaik, Oskar 2015. »When Participation Begins With an Occupation: Some Thoughts on the Revolt Against the Neoliberal University of Amsterdam«, in *Etnofoor* 27, 1, S. 143-150.
- Zamponi, Lorenzo; Daphi, Priska 2014. »Breaks and continuities in and between cycles of protest: Memories and legacies of the global justice movement in the context of anti-austerity mobilizations«, in *Spreading Protest: Social Movements in Times of Crisis*, hrsg. v. della Porta, Donatella; Mattoni, Alice, S. 193-225. Colchester: ECPR Press.
- Zamponi, Lorenzo; Fernández González, Joseba 2017. »Dissenting youth: how student and youth struggles helped shape anti-austerity mobilisations in Southern Europe«, in *Social Movement Studies* 16, 1, S. 64-81.

Zusammenfassung: In dieser Fallstudie werden die rezenten universitären Proteste in Amsterdam als paradigmatisch für den Anschluss universitärer Proteste an die globalisierungskritische Bewegung dargestellt. Sowohl inhaltlich als auch hinsichtlich ihrer Organisations- und Manifestationsformen zeigt sich, dass diese Proteste Teile einer breiteren anti-neoliberalen gesellschaftlichen Bewegung sind.

Stichworte: Universität, Neoliberalismus, Protest, Managerialismus, Finanzialisierung

We are the university! Campus protest in the context of transnational globalization critique: A case study of the Amsterdam university protests 2015-2016

Abstract: This case study presents the Amsterdam university protests of 2015-16 as paradigmatic for the embedding of university protest in broader globalization critique. It shows how the protests, turning in particular against financialization and the rise of new public management, connected in their substance as well as organizationally and in forms of resistance with the broader globalization-critical movement, forming part of an anti-neoliberal societal formation.

Keywords: university, neoliberalism, protest, managerialism, financialization

Autorenangaben:

Dr. Christian Scholl, ICIS – Maastricht University, P.O. Box 616, 6200 MD Maastricht, The Netherlands, christian.scholl@maastrichtuniversity.nl

Dr. Annette Freyberg-Inan, Graduate School of Social Sciences, University of Amsterdam, Postbus 15578, 1001NB Amsterdam, The Netherlands, a.freyberginan@uva.nl